

ABSTIMMUNG Am 25. November stimmt Winterthur über die Einführung einer Schuldenbremse ab. Die Frage, ob es in der Gemeindeordnung einen Mechanismus zur Kontrolle der Haushaltsführung braucht, spaltet die Politik. Die Sparallianz um SVP, FDP, CVP und GLP hat sich dafür ausgesprochen, die Linke um SP, Grüne und EVP ist dagegen. Wer hat die besseren Argumente? Der «Landbote» hat Befürwortern und Gegnern eine Carte blanche gegeben.

Kein ungebremstes Schuldenwachstum!

 100 Millionen Franken jährlich sind die städtischen Nettoschulden in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt gewachsen. Der Schuldenberg stieg von 250 Millionen auf über 1,2 Milliarden Franken. Die Erfahrung zeigt, dass eine Schuldenbremse diesem Treiben Einhalt gebieten kann.

Die Abstimmungsvorlage sorgt für einen mittelfristigen Ausgleich des städtischen Haushalts. Eine Vorgabe, die vom kantonalen Recht inzwischen vorgeschrieben ist und bis 2022 umgesetzt sein muss. Mit der Regelung des mittelfristigen Ausgleichs werden Rechnungen und Budgets in eine sinnvolle Mehrjahresrichtschnitte einbezogen, die für ausgeglichene Finanzverhältnisse sorgen wird. Kommt der Haushalt in Schieflage, verpflichtet sie den Stadtrat rechtzeitig, Gegensteuer zu geben und dem Parlament Massnahmen zur Ausgabenreduzierung vorzulegen. Damit verzichtet sie auf einen automatischen Ausgleich durch Steuererhöhungen.

Ergänzt wird die Umsetzung dieser Vorgabe mit einer sanften Ausgabenbremse. Neue bedeutende Ausgaben, die vom Parlament bewilligt oder dem Souverän beantragt werden, bedürfen nie des absoluten Mehrs im Parlament und nicht des Mehrs der Anwesenden – es ist eine Regelung, welche die Stadt Zürich schon lange kennt.

Das Parlament hat auf die Verankerung eines zusätzlichen Instruments einer Investitionsbremse verzichtet. Stetiges Investieren ist Voraussetzung für eine prosperierende Stadt. Da die Ausgabenbremse auch neue Investitionskredite umfasst, kann damit ein überbordendes Ausgabengebaren hinreichend gebremst werden.



Urs Glättli, GLP

Die Schuldenentwicklung ist nicht der einzige, aber ein bedeutender Faktor für einen nachhaltigen Haushalt. Ungebremstes Schuldenwachstum birgt unwägbare Risiken. Der angewachsene Schuldenberg kostet uns bereits heute – trotz negativem Zinsumfeld – 23 Millionen Franken: Steuer- und Gebührengeld, welches anderweitig viel sinnvoller eingesetzt werden könnte. Bei steigenden Zinsen wird dieser Schuldenberg zur Hypothek kommender Generationen!

Erinnern wir uns: Mitte der Neunzigerjahre lag der Zinsbelastungsanteil bei hohen 6 Prozent, obwohl die Schuldenlast pro Person bloss rund ein Drittel so hoch war wie heute. Bei steigenden Zinsen werden sich die angehäuften Schulden einschneidend auf die Stadtrechnung auswirken.

Die Vorlage ist das Ergebnis einer Motion, die 2011 eingereicht wurde. Inzwischen sind die Schulden ungebremst munter gewachsen. Höchste Zeit, Gegensteuer zu geben! Es liegt eine angemessene und pragmatische Lösung vor. Stadt- und Gemeinderat empfehlen die Vorlage zur Annahme. Mit einem Ja sorgen wir dafür, dass Steuern und Gebühren dort ankommen, wo sie benötigt werden: vielfältige Leistungen für alle und nicht Schuldzinsen für wenige!

Ein Papiertiger und ein Etikettenschwindel!

 **Der «Landbote» hat dargestellt**, wie sich die Schulden der Stadt in den letzten 25 Jahren entwickelt haben. Niemand will, dass die Schulden aus dem Ruder laufen. Auch die Ratslinie will den kommenden Generationen einen gesunden Staatshaushalt hinterlassen, aber eben auch eine intakte Infrastruktur und eine funktionierende Stadtverwaltung. Laufende Kosten sind durch laufende Einnahmen (vor allem Steuergelder) zu finanzieren, nicht durch eine Erhöhung der Schulden – dafür haben wir uns immer starkgemacht, und daran hat sich der Gemeinderat in der Regel gehalten – auch ohne regulatorisches Zwangskorsett.

Etwas differenzierter muss man die Finanzierung von Investitionen betrachten. Beim Bau neuer Schulhäuser oder des Polizeigebäudes, bei Ausbau und Renovation von Kanalisation, Leitungsnetz oder Strassen bekommt man einen werthaltigen Gegenwert für das ausgegebene Geld, aber das Ersparnis der Stadt reicht dafür allein nicht aus. Deshalb brauchen auch private Unternehmen Fremdkapital (Schulden), um Investitionen zu finanzieren. Man kann schon ein Haus kaufen, ohne dafür eine Hypothek aufzunehmen? Deshalb hat der Gemeinderat die Investitionsbremse aus der Vorlage herausgestrichen, was wir begrüssen. Was von der Vorlage übrig bleibt, ist aber nicht nur unnötig, es ist ein regulatorischer Overkill, der schlimmstenfalls die Funktionsfähigkeit der Stadt gefährdet.

Der Teil «mittelfristiger Ausgleich» wiederholt bloss kantonales Recht, das von Parlament und Regierung in den letzten Jahren mit aller Selbstverständlichkeit eingehalten wurde. Er führt aber eine Sanktion ein, die widersinnig wirken kann. Das Budget 2019 weist wegen einer unsinnigen



Roland Kappeler, SP

kantonale Vorschrift beispielsweise offiziell ein Minus von 40 Millionen aus, obwohl operativ ein Gewinn von 15 Millionen resultiert. Dieses Jahr kann der Gemeinderat dies noch situativ berücksichtigen und das Defizit ausnahmsweise akzeptieren. Der sture, technokratische Automatismus der Schuldenbremse hingegen könnte im vergleichbaren Fall nächstes Jahr den Stadtrat dazu zwingen, kurzfristig ein Sparprogramm in der Höhe des ganzen Balance-Programms vorzulegen. Winterthur würde in ein unnötiges Sparkorsett gezwungen, das für die Bevölkerung, die Wirtschaft und den Ruf der Stadt schädlich wäre.

Der Teil «Ausgabenbremse» ist ein unnötiger Papiertiger, weil Einzelzusgaben ab einer gewissen Höhe schon heute dem Referendum unterstehen. Das Volk kontrolliert den Gemeinderat ohne zusätzliche Bürokratie. Alles in allem ist die Vorlage Etikettenschwindel, weil sie die wichtigsten Schuldentreiber nicht berücksichtigt. Wer beim kleinsten Gewinn sofort nach Steuerensenkung schreit, verunmöglicht der Stadt nämlich, überhaupt Eigenkapital aufzubauen und Schulden zurückzahlen. Die Vorlage macht Versprechen, die sie nicht einhalten kann, und fördert damit Politikverdrossenheit bei der Bevölkerung. Deshalb sagen wir überzeugt Nein zu diesem Phantom.